

War der Aufwand im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) gerechtfertigt?

Bei der Entscheidung der Oppositionsparteien CDU, Grüne, FDP einen PUA einzurichten, anstatt über eine Enquetekommission, die Die Linke forderte (die SPD hätte mitgezogen), sich mit dem gesamten Jugendhilfesystem gründlich zu befassen, spielte die Möglichkeit, die Ergebnisse des PUA im Wahlkampf einzusetzen, eine nicht untergeordnete Rolle. Wie vermutet ist es jetzt gekommen.

Der Dreh- und Angelpunkt, die Personalsituation im Allgemeinen Dienst (ASD) der Jugendämter, war nicht erst seit Anfang des Jahres bekannt. In den 10 Jahren (2001-2011) CDU regierter Senate – mit teilweiser Beteiligung von FDP und Grüne wurden entscheidende Weichen gestellt, die Soziale Arbeit in den ASD einzuengen und zu verfremden. Eine Zeit in der leider drei Todesfälle von Kindern - Michelle, Jessica, Lara Mia - zu verzeichnen waren. Auf eine desolante Personalsituation verwiesen schon 2005 Personalräte und die Gewerkschaft ver.di mit der Forderung nach einer Personalbemessung, ohne dass dies Folgen gehabt hätte. In ‚10 goldenen Regeln‘ regte Sozialsenator Wersich 2009 sogar die Absenkung von Leistungen, Aufbau von Hürden für deren Inanspruchnahme, weitere Einschnitte im sozialen Bereich, Verringerung von Personalschlüsseln an. Ebenfalls in diesem Jahr wurde im ASD das Eingangs-, Fall- und Netzwerkmanagement eingeführt, das die Mitarbeiter immer mehr von den Fallsituationen ihrer Klientel entfernte und von ihnen, gegen ihre Profession gerichtet, statt beraten und unterstützen ‚managen‘ verlangte. Kein Wunder, dass es inzwischen immer schwerer fällt, Sozialarbeiter für dieses Arbeitsfeld zu interessieren und wenn, dann steigen sie möglichst bald in ein anderes um. Dieses Managementkonzept führte neben der Personalsituation zu den exorbitant gestiegenen Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Wiederum die Koalition CDU/Grüne gab grünes Licht für die Beschaffung eines Dokumentationssystems JUS-IT, das nicht nur in der Endstufe Kosten in Höhe von 144 Millionen Euro auslöst, sondern wie es sich jetzt zeigt für die Dokumentation von sozialarbeiterischen Vorgängen völlig überzogen und ungeeignet ist.

Allen regierenden Parteien und der zugeordneten Fachbehörde BASFI fällt nach den tragischen Todesfällen von Kindern, inzwischen starben mit Chantal und Yagmur zwei weitere Mädchen, nichts anderes ein, als hektisch die Arbeitsbedingungen nicht nur der ASD Mitarbeiter im Jugendhilfesystem mit Regelwerken, Globalrichtlinien, Fachanweisungen, Inspektionen unter dem Aspekt von Kontrollen zu überziehen, parallel dazu in gleicher Weise Eltern und Pflegeeltern. Diese Kontrollfantasien bedienen allenfalls das ruhige Gewissen von Sozialpolitikern und der Leitung der Fachbehörde und Jugendämter. Kontrollen dieser Art führen zum Gegenteil und nach allen Erfahrungen vermeiden sie keine Kindeswohlgefährdungen, die, wenn überhaupt, nur durch direkte Kontakte entdeckt werden können. Familien werden ihre Situation aus Angst verstecken, verschleiern und

werden für Hilfen unzugänglich. Sozialarbeiter im ASD werden eingeeignet in ein bürokratisches Korsett (70 % ihrer Tätigkeit findet derzeit am PC statt), das ihnen die notwendige Zeit nimmt, Familien zu beraten. Die derzeitige Hauptaufgabe der Mitarbeiter: prüfen, bewilligen, steuern, begleiten von eingeleiteten Maßnahmen, dokumentieren des Fallverlaufes – also managen.

Nicht die mangelnde Dokumentation führte im Fall Yagmur zu diesem tragischen Ende, sondern die desolante Personalsituation im ASD, die Überlastung, die Fluktuation, erhöhte Krankmeldungen, viele Berufsanfänger und eine Personalplanung, die weder darauf reagierte, noch auf einen schon lange absehbaren altersbedingten Wechsel im Personal. In einer solchen Gemengelage sind Fehler angelegt. Wer diese Personalsituation nicht als Ursache anerkennt, verweigert seine fachliche Verantwortung, die andere Konsequenzen hätte, als eine folgenlose politische Verantwortung zu übernehmen.

Die Empfehlungen des PUA, soweit man sie fachlich vertreten kann, hätte ein Fachgremium an einem Nachmittag vorlegen können. Kinderrechte zu stärken, die Rückführung von Kindern zu leiblichen Eltern, eine bessere Kommunikation und Kooperation mit Fachstellen der Medizin und Justiz, die seit langem versprochene Personalbemessung, eine angemessene Personalausstattung, eine Ombudsstelle um nur einiges zu nennen, wird schon lange gefordert, dazu benötigt es keinen 500seitigen Bericht und Befragungen vor einem Ausschuss. Der PUA hat kaum neue Erkenntnisse für den Kinderschutz in Hamburg gebracht. Das was so bekannt wird, hätte man auch bereits Anfang des Jahres 2014 nach der Lektüre des Berichtes der Jugendhilfeinspektion und den Recherchen der Medien in kürzerer Zeit erfahren können. So viele Geheimnisse gab es in dem dreijährigen Leben Yagmurs nicht, als das diese fast ein Jahr dauernde öffentlichkeitswirksame Nachforschungen gerechtfertigt hätten. Hier wiederholt sich die Erfahrung mit dem Sonderausschuss Chantal.

Dem Jugendhilfesystem in Hamburg, das einem zerfledderten Flickenteppich gleicht, hätte es gutgetan, wenn die Parteien in der Bürgerschaft Todesfälle von Kindern, die Tatsache dass alle fünf Kinder aus benachteiligten Stadtteilen und armen Familien stammten, unmittelbare Schilderungen von ASD Mitarbeitern, Alarmsignale von Einrichtungen, die nicht mehr arbeitsfähig sind zum Anlass genommen hätten, sich mit Veränderungen auseinanderzusetzen, die einer Fachdiskussion standhalten. Gut getan hätte, sich auch mal mit der bundesweiten Diskussion und dortigen Erfahrungen zu beschäftigen. So werden seit langem die unsinnigen Anforderungen an Dokumentation, die Möglichkeit unmittelbarer Beratung und Unterstützung von Familien durch den ASD, die notwendige Personalausstattung im ASD aufgegriffen und mit guten Beispielen umgesetzt. Das Hamburger Jugendhilfesystem bewegt sich immer mehr in ein fachliches Abseits.